B 8 Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	28.09.2019
Tagesordnungspunkt:	Anträge

Antragstext

Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzen sich dafür ein, dass das Unterrichtsfach Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I verpflichtend ab der Jahrgangsstufe 7 an allen Schulen unterrichtet wird. Zudem müssen Inhalte der Politischen Bildung verstärkt Einzug in den Unterricht erhalten ab der fünften Jahrgangsstufe. Wir sehen auch die große Bedeutung des Faches Geographie an den Schulen, besonders im Kontext der Klimakrise. Das Fach mit seinem methodischen Schnittpunkt zwischen den Natur- und Sozialwissenschaften leistet einen wichtigen Beitrag zur Bildung von Schüler*innen auf dem Weg in eine klimagerechte Gesellschaft. Geographie sollte daher einen ebenso hohen Stellenwert wie WiPo erhalten.

Darüber hinaus beauftragt die Landesdelegiertenkonferenz die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung zusammen mit Expert*innen auf dem Fachgebiet zu erarbeiten, wie die politische Bildung an Schulen in Schleswig-Holstein und die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften verbessert werden können. Dabei soll auch die Verzahnung der gesellschaftlichen Fächer hinsichtlich der politischen Bildung thematisiert werden.

Begründung

Die Bildungsministerin hat das Jahr 2019 zum Jahr der politischen Bildung ausgerufen. In der nun anstehenden Oberstufenreform wird es beim Wi/Po Unterricht in einigen Profilen mehr Wahlmöglichkeiten geben zwischen Geografie und Wi/Po. Gleichzeitig sehen wir es als wichtig an, gerade im Jahr der politischen Bildung und auch danach das zentrale Unterrichtsfach Wi/Po zu stärken. Das ist gerade in Zeiten von erstarkendem Rechtsextremismus ein wichtiges Zeichen. Unser Ziel ist eine Aufwertung des Wi/Po Unterrichts in der Sekundarstufe I, um mindestens 6 Jahreswochenstunden ab der 7. Klasse zu erreichen.

Gleichzeitig ist der Wi/Po-Unterricht nicht das einzige Fach, in dem politische Bildung betrieben wird. Auch andere Fächer, und auch die Beteiligungsstrukturen für Schüler*innen an den Schulen, sind dafür relevant. Mit dem Auftrag an die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung erhoffen wir uns Ideen für eine verbesserte Vernetzung der Fächer bei der politischen Bildung und für eine noch stärkere Einbeziehung der Schüler*innen in schulische Entscheidungen, um die Demokratiebildung zu intensivieren. Dabei soll auch die Ausbildung der Lehrkräfte thematisiert werden.